

Verfolgt vom Kaiser und der Polizei: Die SPD während der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890

Die SPD kann 1877 bei der ersten Reichstagswahl nach der Vereinigung in Gotha (1875) ihre Stimmenzahl gegenüber der Wahl von 1874 reichsweit um ca. 40 % steigern und zwölf Wahlkreise erobern, u.a. auch unseren. Beunruhigt zeigen sich die bürgerlichen Parteien und auch die Regierung über das Anwachsen der Sozialdemokraten, der „vaterlandslosen Gesellen“, die im Reichstag heftig die Politik des Reichskanzlers Bismarck angreifen.

Zwei Attentate auf den Kaiser, die in keinerlei Beziehung zur SPD stehen, werden als Vorwand von Bismarck und anderen gegen die Sozialdemokratie eingestellten Kreisen genommen, um die Partei zu bekämpfen und sie letztendlich zu verbieten. Am 11. Mai 1878 feuert der Klempnergeselle Hödel in Berlin auf Kaiser Wilhelm, als dieser mit seiner Kutsche „Die Linden“ hinunterfährt. Es wird niemand verletzt, der Attentäter kommt vors Gericht und wird im August enthauptet. Bismarck bringt noch vor dem gerichtlichen Abschluß des Verfahrens im Reichstag einen Gesetzesentwurf ein, in dem die Sozialdemokratie verboten werden soll. Mit 57 Ja- und 251 Neinstimmen tritt der Reichstag dem Ansinnen des „Eisernen Kanzlers“ jedoch erfolgreich entgegen.

Ein weiteres Attentat auf den Kaiser, bei dem dieser durch Schüsse schwer verletzt wird, verübt Dr. Nobiling am 1. Juni desselben Jahres. Auch bei Nobiling kann keine Beziehung zur SPD festgestellt werden. Doch mit Lügen und Verleumdungen versuchen die Regierung und die ihr ergebene Presse, der Sozialdemokratie diese Anschläge anzulasten und diese als staatsfeindlich und gemeingefährlich hinzustellen. Lipinski²¹ schreibt in seiner Geschichte der Sozialdemokratie, daß nach diesen Vorfällen sozialdemokratische Arbeiter geächtet wurden und in den regierungstreuen Zeitungen sei ein Aufruf gebracht worden, der fordere „alle als Sozialdemokraten bekannten Arbeiter aus der Arbeit zu entlassen und sie unter keinen Umständen wieder einzustellen.“ Weiter sei den Unternehmern geraten worden, „... von den in Arbeit verbleibenden Arbeitern eine schriftliche Erklärung zu verlangen, daß sie nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören, ... und [sie sollen] keinem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme

geben.“ Der Bundesrat beschließt kurz darauf die Auflösung des Reichstages und seine Neuwahl.

Da die Sozialdemokratie in unserem Kreis keine richtige Organisation hat, sie zudem schon verfolgt wird, läuft die Agitation für die Reichstagswahl nur schleppend. Bei den Wirten Stolzen und Kuckenberg in Schlebusch und Kuhler in Benninghausen/Burscheid finden sozialdemokratische Versammlungen statt. Die Nationalliberalen und Konservativen taktieren diesmal geschickter und lassen den Katholikenfeind Assessor Jung als Kandidaten fallen. Statt dessen stellen sie den Landrat des Kreis Solingen - Melbeck - als ihren Kandidaten auf. Wieder kommt es zu einer Stichwahl, diesmal zwischen Melbeck und Rittinghausen. Anders als im Jahre zuvor treten nun wichtige katholische Repräsentanten für den nationalliberalen Melbeck ein, der im Kreise bekannt ist und der sich nicht so aktiv wie Jung im Kulturkampf betätigt hat. Für ihn wird im Verkündiger von mehreren Leserbriefschreibern damit geworben, er vertrete „positives Christentum“. Mit 9.665 gegen 7.230 gewinnt Melbeck die Stichwahl am 8. August 1878. Nur in Schlebusch wird mehrheitlich für den SPD-Kandidaten Rittinghausen gestimmt. Die überwiegende Mehrheit des Unteren Kreises Solingen entscheidet sich für Melbeck. Für diese Wahlentscheidung wird den Katholiken von den Nationalliberalen in den Zeitungen gedankt.

Wähler des Kreises Solingen!

Nur noch eine kurze Zeit trennt uns von dem Tage, an welchem das deutsche Volk seine höchsten Ehrenämter, die Reichstagsmandate, zu vergeben hat.

Arbeiter, Handwerker, Bürger und Bauern!

Noch gelten Eure Stimmen, die Stimmen der arbeitenden Bevölkerung ebenso, wie die Stimmen der Reichen und Mächtigen. Noch habt ihr es in der Hand, die Euch drohende Steuer-Erhöhungen, die Euch bevorstehende Beschnidung Eurer Freiheiten und Rechte abzuwenden.

Seid am 30. Juli auf dem Posten!

Eine einzige Stimme kann den Ausschlag geben. Wollt Ihr keine Steuer-Erhöhung und keine Ausnahmegesetze, wollt Ihr die ohnehin schon Larg genug bemessene Freiheit vermehrt und verbessert wissen, wollt Ihr, daß die Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage ebenso ihre Vertretung finden, wie die Interessen der bestehenden Klassen,

so geht am 30. Juli Eure Stimme

unserm bisherigen Reichstagsabgeordneten, dem beliebigen Vertreter unseres Wahlkreises, dem Herrn

Moritz Rittinghausen,
Schriftsteller in Köln.

1508

Das Arbeiter-Wahl-Comitee des Kreises Solingen.

An die Wähler des Kreises Solingen!

Mitbürger! In der gestrigen, von über 700 Wählern aus allen Bürgermeistereien des Kreises besuchten, Versammlung ist mit imposanter Majorität

Herr Landrath Melbeck

als Candidat für die bevorstehende Reichstagswahl definitiv aufgestellt worden.

Wähler des Kreises Solingen! Zum ersten Male, seit wir Vertreter zum deutschen Parlament entsenden, ist es kein fremder Name, der Euch zur Wahl empfohlen wird; es ist vielmehr der Name des Mannes, den Ihr Alle kennt, aufrichtig schätzt und verehrt, des Mannes, der während einer 27jährigen, gesegneten Thätigkeit unter uns sich stets als Vater seines Kreises bewährt hat, in guten und in bösen Tagen, und der es verstanden hat, in gleich hohem Grade die angeheilte Verehrung aller Kreisbewohner wie die höchste Anerkennung seiner Borgeherten sich zu erwerben!

Mitbürger! Der Euch vorgeschlagene Candidat hat es öffentlich versichert, daß er sich in Uebereinstimmung weiß mit den politischen Ansichten der großen Mehrheit seiner Kreiseingewessenen; er hat seine Stellung zu den hervorragendsten politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen mit der Klarheit dargelegt, die sein ganzes öffentliches Leben auszeichnet. Wir wissen es, daß die ausgesprochenen Ansichten das Produkt tiefen, durch eine langjährige praktische Erfahrung geläuterten Nachdenkens sind, eingegeben von dem höchsten Interesse für das Wohl unseres Vaterlandes und unseres Kreises.

Wähler des Kreises! Welcher Partei, welchem religiösen Bekenntnisse, welcher Lebensstellung Ihr angehört, reicht Euch bei dieser Wahl einmüthig die Hände! Der Mann, den wir Euch vorschlagen, er hat stets allen Bürgern des Kreises, ohne Unterschied des Standes und des Glaubens, ein gleich warmes Herz entgegen getragen; er hat es als die Aufgabe seines Lebens angesehen, überall helfend und vermittelnd einzutreten, wo ihm dazu Gelegenheit geworden; er hat neben der Hebung der geistigen und sittlichen Güter der Nation auch der Landwirtschaft und unserer Industrie, sowie dem Wohle unserer großen, von ihm so hoch gehaltenen Arbeiterbevölkerung stets das größte Interesse geübt, er ist Jedem jederzeit mit Rath und That zur Hand gewesen, wo man seiner bedurfte.

Mitbürger! Ihr werdet Eurem Landrath M e l b e c k beweisen, daß Euer Vertrauen zu ihm nicht wankend gemacht werden kann durch Parteiblenken irgend welcher Art! Ihr werdet durch Eure Abstimmung zeigen, daß der Kreis Solingen Gerechtigkeit und Ordnung will, daß in ihm noch die alte Liebe zu Kaiser und Reich wohnt, und daß seine Bewohner, Feinde jedes Mißschickes und die Volksrechte hoch und heilig haltend, den bewährten Mäthen unseres theuern, geliebten Staates und Königs, welche Deutschland groß, einig und mächtig gemacht haben, nicht neue Schwelergelitten zu den vielen schon vorhandenen bereiten wollen. Verzeihung wir uns also am 30. Juli zur Wahl unseres

Landraths M e l b e c k.

Solingen, den 24. Juli 1878.

Das national-liberale Gesamt-Wahl-Comité des Kreises.

Die Neuwahl des Reichstages bewirkt einen Umschwung des Denkens der nationalliberalen Parlamentarier bezüglich des Verbots der Sozialdemokratie. Schon im Oktober 1878 wird mit 221 gegen 149 Stimmen ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ gefaßt. Dieses Gesetz verbietet zunächst für die nächsten zweieinhalb Jahre alle sozialdemokratischen Vereine, Zeitungen, Versammlungen und Äußerungen. Zwar behalten die gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ihren Sitz im Parlament und sie dürfen weiterhin zu Volksversammlungen aufrufen, auf denen sie Rechenschaft über ihre Reichstagsstätigkeit ablegen. Doch diese Versammlungen werden polizeilich überwacht und sobald dort gegen den Kaiser oder gegen die Regierung politisiert wird, wird die Versammlung aufgelöst. Selbst in den Reihen der „umgefallenen“ nationalliberalen Fraktion wird dieses Ausnahmegesetz als „das infamste Gesetz“ bezeichnet, da es liberale Positionen aufgibt. Noch bei der ersten Abstimmung im Reichstag hatte ihr Fraktionsvorsitzender Bennigsen den Gesetzesentwurf Bismarcks ab-

gelehnt, da hier Maßnahmen gegen eine Partei ergriffen würden, die sich für „die Verbesserung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen Stellung“ sowie für „die Verfolgung von Maßregeln, welche der Massenverarmung entgegenzutreten“ einsetzt.²² Mehrmals wird die Dauer des Gesetzes verlängert.

Berichten des Landrats an die Regierung in Düsseldorf zufolge scheint es kurz vor Beginn des Sozialistengesetzes weder im Oberen noch im Unteren Kreis Solingen rein politische SPD-Vereine gegeben zu haben. Einige Krankenkassen, die der SPD nahestanden, der Solinger Arbeiterbildungsverein sowie die Solinger SPD-Zeitung „Freie Presse“ lösen sich - nach Angaben der beiden bürgerlichen Opladener Zeitungen - selbst auf, um einem Verbot durch den Landrat zuvorzukommen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Zentrumsparthei mehrheitlich gegen das Sozialistengesetz gestimmt hat. Sie, die oft ebenfalls von der Regierung, u.a. wegen ihrer zu laschen na-

tionalen Gesinnung angegriffen und im Kulturkampf bekämpft wird, befürchtet, selbst in ihrem politischen Wirken eingeschränkt zu werden. In der katholischen Opladener Zeitung „Der Bote“ werden z.B. die Feiern zum Gedenken an die Schlacht von Sedan, die in jedem Jahr meist von den jeweiligen Sedanvereinen und den Honoratioren unserer Gemeinden veranstaltet werden, angegriffen, da sie hauptsächlich der Verherrlichung sowie dem Herausstellen des Militärs und des Krieges dienen. Das Zentrum stellt sich in dieser Frage - wie auch die SPD - auf die Seite der armen Landleute und der einfachen Arbeiter, die weder von den Sedanfeiern noch von dem Militär, das den Steuerzahler viel Geld kostet, etwas haben. Im Ruhrgebiet, berichtet z.B. „Der Bote“ im September 1878, sind viele Arbeiter arbeitslos geworden, da sie falsch, d.h. SPD, gewählt haben.

Das Verbot der Sozialdemokratie bietet dem Zentrum die Möglichkeit, ihre Wahlergebnisse zu verbessern. Zur besseren zukünftigen Führung von Wahlkämpfen gründet sich so am 29.5.1881 vor der Reichstagswahl ein Zentrums-Wahlverein für den Unteren Kreis in Opladen. Das bisherige zentrale „Centrums-Wahlkomitee für den Kreis Solingen“ scheint sich im Jahre 1878 aufgelöst zu haben. Mit der Dezentralisierung ihrer Partei erhofft sich das Zentrum wohl eine wirksamere Zentrumsagitation in den mehrheitlich katholischen Gemeinden des Unteren Kreises.

Für die Zeit der Sozialistengesetzes, das von 1878 bis 1890 galt, ist ein Überblick über die Sozialdemokratie hier vor Ort relativ gut zu erhalten. Die Bürgermeister waren gehalten, jedes Vierteljahr einen Bericht über die sozialdemokratische Bewegung dem Landrat zu erstatten, der wiederum einen zusammenfassenden Bericht von seinem Kreis an den preussischen Oberprokurator in Koblenz geben mußte. Von Koblenz aus ging dann ein Bericht, der die ganze Rheinprovinz betraf, an die Regierung in Berlin. Im Stadtarchiv Leverkusen, im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sowie im Landeshauptarchiv Koblenz sind noch fast alle diesbezüglichen geheimen Akten vorhanden. Die Einschüchterung der SPD scheint hier vor allem in den ersten Jahren erfolgreich gewesen zu sein. Denn aus diesen Akten geht hervor, daß mit Ausnahme von Schlebusch, in keiner anderen Bürgermeisterei des heutigen Leverkusen nennenswerte sozialdemokratische Tätigkeiten während der Zeit des Sozialistengesetzes zu beobachten sind. Selbst das sonst übliche nächtliche Verteilen von Flugblättern vor den Reichstagswahlen entfällt in der Anfangszeit des Sozialistengesetzes und wird später vor allem von Sozialdemokraten aus dem heutigen Solingen durchgeführt.

In Schlebusch finden wir nicht nur die „Wiege der Leverkusener SPD“, hier ist auch der Widerstand gegen das Sozialistengesetz und das Eintreten für die SPD am stärksten. Dies liest wahrscheinlich der Bürgermeister Sürder von Schlebusch aus dem letzten Wahlergebnis heraus und er sieht wohl Unterstützung für die SPD in der Bevölkerung. So erläßt er am 7.11.1878 folgende polizeiliche Bekanntmachung:

„Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von socialdemokratischen oder kommunistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge werden auf Grund des § 16 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt S. 351) für den Bezirk der unterzeichneten Polizeibehörde hierdurch unter dem Hinzufügen verboten, daß Zuwiderhandlungen gemäß §§ 20 und 21 des angeführten Gesetzes bestraft werden.“

In den Akten im Stadtarchiv Leverkusen ist weiter zu lesen, „daß vorstehende Bekanntmachung nach vorhergegangenem Zeichen mit der Schelle auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Bürgermeisterei ortsüblich publiziert worden ist und am Gemeindehaus zu Schlebusch, der dazu bestimmten Stelle in Lützenkirchen und an der Wohnung des Ortsvorstehers Müller zu Fettehenne angeheftet worden und acht Tage lang geblieben ist. Auch wurde dieselbe durch Insertion in dem in Opladen erschienenen Verkündiger und dem Kreisblatt zu Solingen zur Kenntnis des Publikums gebracht.“



Im November 1880 sendet der Schlebuscher Bürgermeister dem Landrat folgende Liste (siehe nächste Seite) mit zur SPD gehörenden Namen zu. Konkrete Geburtsdaten sind von mir entsprechend den Altersangaben in diesem Bericht aus anderen Quellen abgeleitet und gefunden worden.

Bericht des Bürgermeisters Sürder aus Lev.-Schlebusch an den Landrat 8.2.1880

Vor- und Zuname	Wohnort/ Daten	Beschäftigung	Persönliche Verhältnisse	Teilnahme an sozial-demokr. Bestrebung
Bilstein, Peter	Schlebusch *6.10.1826 +25.10.1887	Samtweber (Seidenweber)	"56 J., ohne Kinder, besitzt 2 Häuser mit 56 und 45 M Nutzungswert"	"hat bei den letzten Reichstagswahlen die betr. Agitation geleitet resp. betrieben und die Volksversammlungen veranlaßt. Seitdem ließ sich Thatsächliches nicht mehr feststellen"
Funke, Gottfried	Bornheim/ Lütz. * 1834	Samtweber	"46J., 5 Kinder von 10-23 J., kein Vermögen, wohnt zu Miethe"	"verkehrte mit den Gesinnungsgenossen aus Burscheid"
Herweg, Wilhelm	Dünfeld * ca. 1831	Samtweber	"49 J., 6 Kinder von 1-20 J., besitzt 2 Häuser von je 60 M Nutzungswert und 80a Fläche worauf 2000 M Schulden lasten."	Bemerkung wie Bilstein
Hülstrunk Peter	Dünfeld * 11.08.1838	Kleinhändler mit Spezerei	"42 J., Gemeinderat, Witwer mit 5 Kindern, wovon das älteste 14 J., besitzt ein Haus von 60 M Nutzungswert, ist jetzt auch Öconom der Gesellschaft Gemüthlichkeit"	Bemerkung wie Bilstein
Pohl, Peter, gen. Heinrich	Sand * ca. 1837	Spezereihändler	43 J., 5 Kinder von 2-15 J., besitzt ein Haus von 60 M Nutzungswert und 1,33 ha Fläche mit 2,56 ? Reinertrag, worauf 1800 M Schulden lasten. Ist jetzt auch Öconom einer Gesellschaft"	Bemerkung wie Bilstein
Roeser, Andreas	Schlebusch * 11.6.1837 + 11.9. 1910	Barbier (früher Weber)	"43 J., 3 Kinder von 4,15 u. 18 Jahren, kein Vermögen, wohnt zu Miete"	Bemerkung wie Bilstein
Weber, Heinrich	Sand * ca. 1838	Samtweber	42 J., 3 Kinder 11, 16 und 20 J., kein Vermögen, wohnt zu Miethe"	Bemerkung wie Bilstein
Weiler, Wilhelm	Sand *15.03.1839	Samtweber	42 J., 1 Kind von 13 J., besitzt 1 Häuschen von 24 M Nutzungswert"	Bemerkung wie Bilstein
Mitterhauser, Franz	Freudenthal * 17.5.1836 + 8.10.1894	Sensenschmied	46 J., hat 8 Kinder von 1-16 J., wohnt zu Miethe, kein Vermögen"	"seit einiger Zeit mit bekannten sozialistischen Agitatoren viel Umgang"
Weber, Anton	Sand * ca. 1858	Weber	22 J., o. Vermögen, Sohn v. Heinr. Weber"	

(= HSTA Reg.Düss. 8842 vom 29.11.1880, Namen 1-8. Mitterh. u. Weber fehlen dort. Außerdem Stadtarchiv Lev. 40.33 Zeitungsberichte 1872-1891, hier Sozialdemokratische Bewegung)

Da öffentliche Propaganda und Spendensammlungen verboten sind, die Wahlkämpfe aber Geld kosten, versucht das Solinger SPD-Wahlkomitee einen Trick. SPD-Mitglieder verteilen und verkaufen heimlich zur Unterstützung von Rittinghausens Kandidat bei der Reichstagswahl 1881 Zettel, die wie Werbezettel für einen Gesangswettstreit aussehen. In Wirklichkeit fordern sie die wahlberechtigten Männer auf, den Schriftsteller Moritz Rittinghausen zu wählen. Die Behörde erfährt von diesen Zetteln, kann aber deren Verteilung nicht verhindern.

Das Sozialistengesetz wird - ein lokalhistorisches Kuriosum - in Hitdorf als Alibi benutzt, um Ende Oktober 1878 eine Gesellschaft zu gründen, die die Sozialdemokratie bekämpfen will. So jedenfalls wirbt die „Gesellschaft Erholung“ im Boten. Auf mehrere Leserfragen in dieser Zeitung hin ist zu erkennen, daß diese Gesellschaft von einem Gastwirt wohl nur gegründet wurde, um die polizeiliche Sperre in seinem Lokal zu umgehen, da bei Vereinstreffen die Gaststätten länger geöffnet haben durften. Lakonisch bemerkt der Leserbriefschreiber, es gäbe doch in Hitdorf keine Sozialdemokratie, warum also ein Verein gegen sie? Kurze Zeit darauf löst der Verein sich auf.

**Gesellschaft
Ertracht
zu Hitdorf.**
Wir fühlen uns zu
der öffentlichen Erklä-
rung veranlaßt, daß der
Zweck unserer Gesell-
schaft in Hauptsache der
ist, die Socialdemokratie
und alles Staatsgefähr-
liche zu bekämpfen und
zu unterdrücken.
Hitdorf, im November 1878.
Der Vorstand.

Trotz der massiven Beschränkungen durch das Sozialistengesetz gelingt es der SPD im Kreise Solingen, bei der Reichstagswahl im November 1881 zum ersten Mal ihren Kandidaten durchzubringen. Moritz Rittinghausen wird mit einem Stimmenvorsprung von knapp 3.000 Stimmen bei der Stichwahl gewählt. Erleichtert wird dies durch die Tatsache, daß der zuletzt gewählte Reichstagsabgeordnete, Landrat Melbeck, von der nationalliberalen Partei zur Deutschen Reichspartei übergetreten ist. Er wird von einem Teil der liberalen Wähler nicht mehr als ihr Kandidat angesehen. Dieser Teil der Liberalen stellt den fortschrittlichen Kölner Stadtrat Hamspohn auf. Durch die Zersplitterung der liberalen und konservativen Stimmen erhalten Rittinghausen und der Zentrums kandidat von Schorlemer-Alst die meisten Stimmen und kommen somit in die Stich-

wahl. Wieder zeigen sich klar die früher schon angesprochenen religiösen Animositäten: die „katholischen Gemeinden“ wählen den Zentrums kandidaten, die „evangelischen Gemeinden“ den Sozialdemokraten. Sogar im sonst „roten Schlebusch“ nutzt die Mehrheit der Wähler die Möglichkeit, den Zentrums kandidaten zu wählen (468 zu 156 Stimmen), während die Wähler im evangelischen Bergisch-Neukirchen - sonst liberal oder konservativ wählend - sich bei dieser Stichwahl überwiegend für den Sozialdemokraten aussprechen (23 zu 161).

Der Opladener katholischen Zeitung „Der Bote“ vom 9.11.1881 ist folgende Wahlanekdote zu entnehmen. In H., vielleicht ist Hitdorf damit gemeint, „hatten sich mehrere Wähler in einem Hause in der Nähe des Wahllokales niedergesetzt um zu sehen, ob die Leute ihrer Parthei auch alle kämen ihre Stimme abzugeben. Vor dem Wahllokale hatten sich auch noch zwei postiert, welche ev. mit Stimmzetteln aufwarten konnten. Mehrere Arbeiter einer dortigen Fabrik hatten nun beschlossen, den Kontrolleuren ein Schnippchen zu schlagen, ... Ein großes Faß wurde aufgestellt, einer der Arbeiter, ein pfiffiger Bursche, kletterte behende hinein und wurde so, nachdem ein Tuch übergehängt, zum Wahllokale gefahren. Flink stieg er dort aus, gab seine Stimme ab und bestieg darauf wieder ebenso gewandt sein früheres Versteck.“ Die „Kontrolleure“ sprechen mit dem Mann mit dem Schiebkarren, doch bemerkten sie den Mann im Faß nicht. Diese Geschichte muß - so der Zeitungsbericht - in dem Ort viel Heiterkeit hervorgerufen haben, auch wenn, wie es später hieß, der Schelm gar nicht gewählt habe.

Ähnlich wie 1881 gehen die Reichstagswahlen von 1884 und 1887 aus. Bei beiden gewinnt ein Sozialdemokrat - diesmal ist es der Kölner Lederhändler Georg Schumacher - die Stichwahlen gegen den Zentrums kandidaten E. Fuchs. Schumacher wird im Jahre 1884 von der Mehrheit der SPD des Kreises Solingen sowie des Parteivorstandes aufgestellt, da der bisherige SPD-Reichstagsabgeordnete Rittinghausen sich wegen mehrerer von der SPD-Fraktionsmehrheit abweichender Abstimmungen im Reichstag mit der Fraktion verkracht hatte und deshalb aus ihr austrat. Mit seinen Abstimmungen wollte er sich für seinen Wahlkreis einsetzen und der Solinger Schneidwarenindustrie in Kuba und den Philippinen gute Absatzmöglichkeiten geben. Doch, so schreibt Bergmann, die meisten Genossen im Solinger Kreis folgten „dem Beschluß des Kopenhagener Parteitages, nur solche Kandidaten aufzustellen, die unser Programm voll und ganz anerkennen und sich der Parteidisziplin unterordnen...“.

Auch August Bebel soll im Vorfeld dieser Wahl überlegt haben, im Kreise Solingen zu kandidieren. Doch er entscheidet sich anders. So kommt es bei dieser Wahl zu zwei sozialdemokratischen Kandidaturen. Der Kampf zwischen Rittinghausen und Schumacher wird in Opladen und Schlebusch auch mit Hilfe von Flugblättern von beiden Seiten ausgetragen. Rittinghausen erhält im 1. Wahlgang in „Leverkusen“ nur eine einzige Stimme (Schumacher 260), im gesamten Wahlkreis stimmen 771 Männer für ihn und 5.428 für Schumacher. Ein Unterschied zwischen beiden Wahlen ist festzuhalten. Hatte im Jahre 1884 das Zentrum bei der Stichwahl noch eine starke Mehrheit in Leverkusen (2.072 zu 413 Stimmen), so haben sich drei Jahre später - vor allem auf Grund der Wahlentscheidung in Schlebusch - die Verhältnisse geändert. Jetzt beträgt hier die Stimmenzahl für das Zentrum nur noch 918 gegen 1.166 SPD-Stimmen.

Dieser Stimmungsumschwung kann kaum durch eine größere Agitation erreicht worden sein, denn diese war ja verboten. Auch die vor dem Sozialistengesetz üblichen Zeitungsanzeigen für die SPD gibt es nicht mehr. Erlaubt ist es jedoch, Volksversammlungen abzuhalten, zu denen der gewählte Reichstagsabgeordnete zwecks Berichterstattung vor seinen Wählern oder der Kandidat vor Reichstagswahlen einladen darf. Solche Versammlungen finden in dieser Zeit häufiger statt, so z.B. im Dezember 1886 mit dem Reichstagsabgeord-

neten Schumacher in Opladen beim Gastwirt Heinrich Breibach. Im Verkündiger vom 14.12.1886 wird knapp über diese Versammlung folgendes berichtet: „Die gestern hier abgehaltene sozialdemokratische Volksversammlung war sehr zahlreich und von Mitgliedern aller Parteien besucht. Der Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hrn. Schumacher aus Solingen dauerte fast 1 1/2 Stunde und wurde oft von Beifall aus der Mitte der Versammlung unterbrochen.“

Entscheidender für die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in unserer Stadt und im gesamten Deutschen Reich dürften jedoch wirtschaftliche, soziale und politische Gründe gewesen sein. Auf die Bedürfnisse und Wünsche der breiten Masse haben die Regierenden zu wenig Rücksicht genommen. Die Verelendung breiter Massen, die zuerst in den Städten auftrat, ist jetzt zunehmend ebenfalls in den ländlichen Bereichen sichtbar, das heißt also auch in unseren Leverkusener Gemeinden. Ursache der Verelendung sind neben der zunehmenden Industrialisierung Schutzzölle für wichtige Grundnahrungsmittel, die vor allem einheimischen Großagrariern helfen und billige Nahrungsimporte verhindern.

Die Sozialisten müssen sich damals tarnen, wenn sie sich treffen wollen. Heute kaum nachzuvollziehen ist, daß unser Stadtgebiet vor mehr als 100 Jahren wenig dicht und zusammenhängend besiedelt war. Viele Stadtbewohner aus Köln

und Solingen machen an Sonn- und Feiertagen mit der Eisenbahn oder zu Fuß Ausflüge in das ländliche, kaum industrialisierte Leverkusen. Diese Gelegenheit versuchen Sozialdemokraten aus den umliegenden Städten für sich zu nutzen. Sie treffen sich z.B. im Gezelnwald oder bei Schloß Reuschenberg, meist getarnt als Familienausflug. Ab und zu erhält die Polizei vorher Hinweise über solche Treffen und versucht, diese zu vereiteln. So fahren z.B. im Juni 1883 Sozialdemokraten aus dem rechtsrheinischen Köln mit dem Zug bis Burscheid-Hilgen, laufen dann in Richtung Opladen, wo sie von der Polizei erwartet und verfolgt werden, so daß sie sich weder politisch unterhalten noch den Tag in Ruhe genießen können.

Ein anderes Ereignis führt ebenfalls zu einem sozialdemokratischen Treffen. Aus Anlaß des Kaiserbesuches ruft das Schlebuscher nationalliberale Gemeinderatsmitglied H. Ley Anfang des Jahres 1885 zu einer Volksversammlung auf, in der wohl Maßnahmen zur Vorbereitung des Besuches besprochen werden sollen. Viele hiesige Sozialisten, aber auch Freunde von ihnen aus Köln-Kalk und Hagen, die Sensenschmiede gewesen sein könnten, sind ebenfalls anwesend und verlangen, für die Versammlung einen Vorsitzenden wählen zu dürfen. Da Ley bei dieser Versammlung wohl keine Mehrheit für sich als Versammlungsleiter sieht, zum einen, weil so viele Sozialisten anwesend sind, zum anderen, weil ihn ein Großteil der ansässigen katholischen Bevölkerung ablehnt, wird die Versammlung auf sein Ersuchen hin von der Polizei aufgelöst.

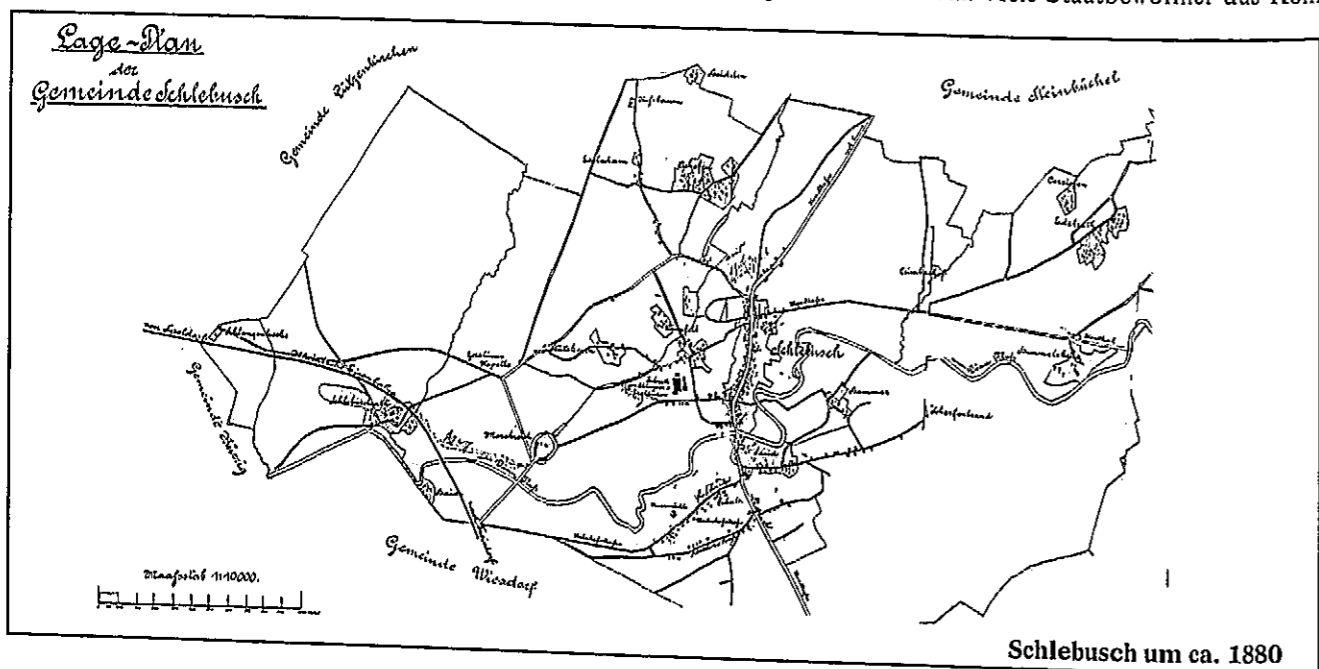
Engen Kontakt unterhalten die Schlebuscher Sozialdemokraten in dieser Zeit mit einigen Genossen aus dem Oberen Kreis, vor allem aber mit Genossen aus Paffrath, Bergisch-Gladbach und Dünwald. So ist vor den Reichstagswahlen des Jahres 1884 in diesen Gemeinden ein „getarntes“ Flugblatt mit dem Titel „Wie führt man einen guten Haushalt“ verteilt worden, das in Wirklichkeit für die Wahl agitierte. Schlebuschs Bürgermeister Sürder berichtet dazu an den Landrat: „Am Sonntag, den 23. August abends waren die hiesigen Sozialdemokraten sehr in Bewegung, woraus ich schloß, daß etwas vorbereitet wurde und erfuhr ich dann auch, daß in der Nacht Plakate an verschiedenen Stellen angeheftet werden sollten. Aber ich konnte nicht erfahren, von welchem Inhalte.“ Trotz seiner nächtlichen persönlichen Kontrolle hängt dann am nächsten Morgen in der Nähe des Freudenthaler Sensenhammers ein Plakat, das zu einer Versammlung nach Paffrath einlädt. Zu dieser aber auch zu einer weiteren Versammlung in Bergisch-Gladbach kommen Per-

sonen aus Schlebusch, doch werden beide Treffen von der Polizei aufgelöst.

Ergebnislos verlaufen die Hausdurchsuchungen, die bei den Schlebuscher Sozialdemokraten Brüß, Jahn, Mitterhauser und Weiler durchgeführt werden. Die vielerlei Verhöre, Schmähungen, Drohungen und Geldeinbußen, die mit diesen Hausdurchsuchungen verbunden sind, können wir heute kaum begreifen. Franz Mitterhauser hat mehrmals zulassen müssen, daß die Polizei seine Wohnung durchsucht. Dem Bericht des Bürgermeisters Sürder vom 22.3.1882 über die tags zuvor erfolgte Hausdurchsuchung ist folgendes zu entnehmen:

„Da der Franz Mitterhauser zu Freudenthal seit längerer Zeit im Verdacht steht, der sozialdemokratischen Partei anzugehören und der Verbreitung deren Schriften Vorschub zu leisten, begaben sich heute der unterzeichnete Bürgermeister mit dem hier stationierten Gendarmen Zollmarsch und dem Polizeidiener Nöders in die Wohnung des Mitterhauser um eine Durchsuchung nach verbotenen Sachen zu halten. ... F. Mitterhauser war anwesend und wurde mit dem Zwecke unseres Erscheinens bekannt gemacht, er ließ die Durchsuchung geschehen, gestattete das Durchlesen der Papiere. Hierbei fanden sich vor und wurden vorläufig mit Beschlag belegt:

1. Die Zukunft 1 Jahrgang Hefte 1 - 12
2. 20 Exemplare Der Reichsbürger
3. 6 Exemplare des Sozialdemokrat Zentral Organ der deutschen Sozialdemokratie
4. 21 Exemplare Volksstaat Erzähler
5. Ein Band ausgeschnittener Gedichte sozialdemokratischen Inhaltes
6. 9 Exemplare Beilage des Vorwärts
7. Exemplare Beilage der Berliner freien Presse
8. Ein Paket ausgeschnittener Zeitungsblätter bet. Inhalts
9. Die Angelegenheit Fritzsche Haßelmann im deutschen Reichstag
10. 2 Exemplare Gedichte „Das bekehrte [??]“
11. 1 Exemplar Lieder der deutschen Arbeiter
12. Prospekt zur „Die Zukunft“
13. 1 Exemplar freie Blätter No. 6 ... [Chicago]
14. Der arme Konrad: Illustrierter Kalender 1876 und 1878
15. 1 Exemplar Die Sozialdemokraten, was sie Wählern versprechen und was sie wollen.
16. Pfaffengeister: Sammlung antiker Sätze aus der Zeitschr. Freiheit II. Graz 1870
17. Arbeiterlesebuch Rede Lassalles
18. Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker Leipzig 1872



19. Was nun, zweiter Vortrag über Verfassungswesen von Ferd. Lassalle
20. Wichtige historische Enthüllungen über die Todesart Jesu
21. Jesus der Essäer oder die Religion der Zukunft
22. Minister Graf zu Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie
23. Histor. Enthüllungen über die wirklichen Geschehnisse der Geburt und Jugend Jesu
24. Die Religion der Sozialdemokratie
25. Herr Bastiät „Schulze von Delitzsch“
26. Freiheit 1 Band Jahrgang 1869
27. Sozialpolitische Blätter von Hasenklever und Haßelmann, 2 Bände Jahrgang 1873
28. 1 Flugblatt: An die Wähler des Kreises Solingen

Die vorangeführten Sachen wurden in ein Paket verpackt, dies versiegelt und hierzu paraphiert. F. Mitterhauser erklärte: Die vorangeführten Bücher habe ich in früheren Jahren angeschafft. Die Zeitungen früherer Jahre erhalten oder gekauft und die letzten Nummern aus der Schweiz im Couvert ohne nähere Angabe des Absenders durch die Post zugesandt erhalten. Seit 1878 habe ich kein sozialistisches Blatt gehalten und seitdem auch mit anderen Personen gedachter Partei keine Verbindung gehabt.“ ... Weiter heißt es: „Grund zu dieser plötzlich ohne Auftrag ausgeführten Durchsuchung war der dringende Verdacht, daß Mitterhauser jetzt von auswärts verbotene Schriften zugesandt erhalten habe, welcher Verdacht sich jedoch nicht bestätigt hat, da aus den letzten Tagen nichts sich vorfand.“

Nach dem Sozialistengesetz ist nicht der Besitz dieser Druckschriften selbst, sondern nur die Weitergabe zu bestrafen. Diese kann jedoch in keinem Fall nachgewiesen werden, so daß das Gericht in Elberfeld auf Freispruch entscheiden mußte. Nach mehreren Wochen des Wartens und des Nachfragens hat er seine Schriften von der Polizei zurückerhalten. Die Sozialisten treffen sich sonntags in den Privathäusern und -wohnungen. Dort werden diese sozialistischen Druckschriften weitergegeben. Die Polizei weiß davon, kann jedoch nichts dagegen unternehmen.

Die Zeitung „Der Sozialdemokrat“ und andere sozialistische Zeitungen gelangen über die Post an die aktiven Sozialdemokraten. In dem Polizeidossier über Brüß vom Mai 1886 steht z.B. zu lesen, daß Brüß jeden Sonntag von der Post ein Paket aus der Schweiz, wo „Der Sozialdemokrat“ gedruckt wird, abholt. Dieses enthält verbotene Schriften, so

der Schlebuscher Polizist Zollmarsch, die vom Hausierer Jahn dann weiterverteilt würden.

Bürgermeister Sürder, der mehrfach Pech mit seinen Hausdurchsuchungen hatte, antwortet dem Polizeikommissar Wilsing in Elberfeld, daß die Post in Schlebusch die Pakete nicht öffnen darf. Es müßte die königliche Oberpostdirektion und das Gericht eingeschaltet werden. Bis dahin hat das Postgeheimnis auch die Sozialisten geschützt. Dann wird das Postamt in Schlebusch angewiesen, bei Kreuzbandsendungen, die wohl offen sind, auf sozialdemokratische Sendungen zu achten. Doch werden hier keine verbotenen Schriften gefunden, weil diese entweder in verschlossenen Paketen versandt bzw. u.a. aus Holland von Franz Mitterhauser und anderen Sozialisten geholt werden.

Ein oder mehrere Briefe mit sozialdemokratischen Zeitungen werden jedoch in Berlin und in Süddeutschland abgefangen. Sie sind an die Sensenschmiede Franz Mitterhauser und Fritz Weister, beide bei Kuhlmann beschäftigt, sowie an Johann Brüß, Webermeister bei Schlieper&Engländer, gerichtet. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Elberfeld werden diese Personen unauffällig beobachtet, jedoch kann ihnen nichts nachgewiesen werden. Nach dem Bericht des Schlebuscher Polizisten hält Brüß aufreizende Reden auf der Straße, in denen er u.a. droht, wenn nicht bald die Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt würden, dann ginge es los. Er würde mit fünf Genossen Schlebusch überrumpeln und zuerst den Schlebuscher Bürgermeister, dann den Gendarmen Zollmarsch und ferner den Polizeidiener ermorden. Die Nachforschungen der Polizei über diese Äußerungen verlaufen jedoch ergebnislos.

Heimatgeschichtlich interessant könnte die Rolle des Peter Hülstrunk aus Schlebusch-Dünfeld sein, der zu den ersten Schlebuscher ADAV-Mitgliedern zählt. Leider besitzen wir nur einige wenige Hinweise, wie den folgenden, über ihn. Die Staatsanwaltschaft in Elberfeld fragt beim Schlebuscher Bürgermeister an, ob beiliegende Mitteilung, die in der Zeitung Freie Presse Elberfeld-Barmen am 5.10.1887 erschienen ist, stimmt: „Bei der vor einigen Tagen hier [in Schlebusch] stattgefundenen Kirchenvorstandswahl wurde ein von sozialdemokratischer Seite aufgestellter Kandidat in den Kirchenvorstand gewählt.“ Trifft diese Nachricht zu, so ist dies eine kleine Sensation. Denn, wie kann es vorkommen, daß während der Zeit des Sozialistengesetzes in einem katholischen Dorf, das ist Schlebusch ja, ein Sozialdemokrat in einen katholischen Kirchenvorstand gewählt wird?

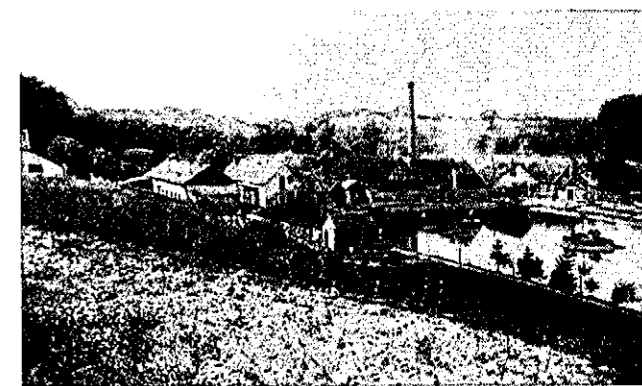
Und in der Tat, Sürder muß diese Meldung am 12.10.1887 bestätigen. In seiner Antwort an den Staatsanwalt schreibt er: „Es ist dies der Kleinhändler Peter Hülstrunk zu Dünfeld, welcher bereits seit 1875 Mitglied des Gemeinderathes, jetzt auch hierzu wiedergewählt und in diesen Versammlungen stets gemäßigt und anständig gewesen ist. Derselbe betreibt einen Kaufhandel (Laden) mit Spezereiwaren und Branntwein ohne Concession und ist dieserhalb auch mehrfach bestraft worden. Die hiesigen Socialdemokraten verkehren viel bei demselben und hat er hierdurch viel Verdienst. Bei der am 23. v. Monats stattgehabten Ergänzungs-Wahl des Kirchenvorstandes, wobei 4 Mitglieder zu wählen waren, wurden 2 Candidaten mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt und kamen 2 Personen, welche von den ordnungsliebenden Katholiken aufgestellt waren und 2 von anderen Partheien Aufgestellte - worunter Hülstrunk mit 18 Stimmen war - zur engeren Wahl, wobei die beiden Letzteren mit 51 für Hülstrunk resp. 47 Stimmen von 93 Wählern gewählt wurden.“

Zu diesem Wahlerfolg, der nach einem einigermaßen demokratischen Verfahren zustande kam, trug sicherlich die von Sürder im weiteren Bericht beklagte geringe Wahlbeteiligung bei. Zum anderen wird dies einerseits an der Gemäßigkeit des Auftretens und der Persönlichkeit von Peter Hülstrunk gelegen haben, der den Schlebuschern als vieljähriges Gemeinderatsmitglied bekannt ist. Andererseits läßt der Hinweis von Sürder, die Gegenkandidaten seien von den „ordnungsliebenden Katholiken“ aufgestellt worden, erahnen, daß er damit regierungsfreundliche, politisch national oder liberal eingestellte Katholiken meint. Diese sind, wenn man in Schlebusch die Reichstagswahlergebnisse betrachtet, im katholischen Schlebusch nicht gut gelitten und kommen in den dortigen Gemeinderat vor allem auf Grund des Dreiklassenwahlrechts, weil der reichere Teil der Bevölkerung sie wählt.

Viel zur sozialdemokratischen Agitation tragen die Hilfskrankenkassen bei. Das im Jahre 1883 vom Reichstag verabschiedete Krankenversicherungsgesetz versucht die Zwangskrankenkassen, d.h. die Ortskrankenkassen, zu bevorzugen. In ihnen müssen die Arbeitgeber - anders als bei den Hilfskassen - die Hälfte der Versicherung tragen. Doch die Mitglieder in den freien Hilfskassen haben auch Vorteile. Sie verlieren nicht, wie bei den Ortskrankenkassen, beim Wohnortwechsel ihre Anrechte gemäß dem jeweiligen Ortsrecht und sind dann vorübergehend ohne Absicherung.

In Schlebusch gibt es seit ca. 1884 - so Bürgermeister Sürder - „eine Zahlstelle der Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Casse

der Metallarbeiter in Hamburg, welcher jetzt 32 Mitglieder angehören und zwar 23 aus der Gemeinde Schlebusch, 8 aus Paffrath ... und 1 aus Dünwald... Der Vorstand dieser Filiale besteht aus Wilhelm Weiler, Weber zu Sand als Bevollmächtigten, Friedrich Weister, Sensenschmied zu Freudenthal hier als Cassierer, Friedrich Hasenklever, Friedrich Schumann, beide Sensenschmiede zu Freudenthal und Walther Jahn, früher Fabrikarbeiter hier, jetzt Schalschneiderlehrling in Neukirchen ... als Revisoren, welche sämtlich offene und anerkannte Sozialdemokraten sind; Weiler ist stets einer der eifrigsten Agitatoren gewesen... Von den hiesigen Mitgliedern sind 18 Arbeiter im Sensenschmiedewerke von Kuhlmann zu Freudenthal, wovon jedoch 2 schon zur Ortskrankenkasse sich gemeldet haben und aus der Hamburger Casse austreten wollen. Die meisten Mitglieder der hiesigen Filiale sind ... Sozialisten. Alle 14 Tage findet Sonntags vormittags von 11 - 12 Uhr Vorstandssitzung und Empfang der Beiträge bei dem Wirthe Hausmann hier und sonstige Versammlungen nur auf Veranlassung des Vorstandes statt. Die Beiträge betragen wöchentlich in der 1. Classe 40 Pfg, in der 2. Classe 35 Pfg. und in der 3. Classe, welcher nur Arbeiter unter 16 Jahren angehören können, 15 Pfg. und wird an Unterstützung geleistet, in der 1. Classe 2,30 M. und in der 2. Classe 2 M. und in der 3. Classe 0,85 M für jeden Wochentag. Die betr. Personen haben sich Mühe gegeben unsere Mitglieder zu erlangen, doch ist ihr Einfluß auf die Ortskrankenkasse noch unbedeutend gewesen.“



Sensenfabrik Kuhlmann in Schlebusch (Foto um 1900)

Vier Jahre später kommen die Bürgermeister von Schlebusch und Bergisch-Gladbach in einem gemeinsamen Protokoll zu einer anderen Einschätzung. Sie beschreiben diese Hilfskasse als besonders große Hilfe für die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Eine polizeiliche Überwachung der Mitgliedertreffen ist

nicht zulässig und deshalb - so das Protokoll - „können dieselben verhandeln und vorlesen, was ihnen beliebt. Wenn auch diese Zusammenkünfte nicht sehr zahlreich besucht werden, so werden die Erscheinenden doch bald zu eifrigen Werbern und tragen die falschen Auffassungen und Lehren in ihre Familien, zu den Freunden und Nachbarn.“ Weiter beklagen sie sich darüber, daß diese Kasse ihren Ortskrankenkassen schadet, und schlagen der Regierung in Düsseldorf vor, sie gesetzlich zu verbieten. Der Regierungspräsident von Roon antwortet ihnen, beim Verdacht der öffentlichen Erörterung politischer Sachverhalte könnte gemäß dem Vereinsgesetz von 1850 eine polizeiliche Überwachung erfolgen. Diese scheint jedoch nicht erfolgt zu sein, da die Akten dies nicht berichten.

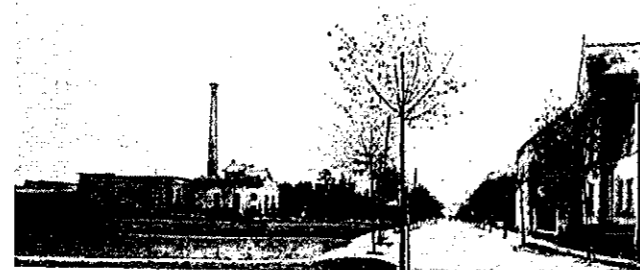


Georg Schumacher, SPD-Reichstagsabgeordneter für Wahlkreis Solingen 1884-1898 (Foto 1890)

des „Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen-Vereins zu Gera“. In ihr werden sich Handwerker und auch Maschinenweber der Umgebung zusammengefunden haben, die bei dem Wirt Schwan tagen. Größere Maschinenwebereien in Schlebusch sind die Firma Schlieper&Engländer (später ETAG) und die Firma Kuhlen in der Nähe der katholischen Kirche. Die unbefriedigte Lage vor allem der Samtweber, die gerade in dieser Zeit häufig ohne Arbeit sind oder nur wenig Lohn erhalten, hat sicher zum Entstehen dieses Gewerkschaftsvor-

Neben dieser Metallarbeiter-Hilfskasse gibt es Mitte der 80er Jahre Versuche - wie auch in anderen Teilen Deutschlands -, quasi gewerkschaftliche Organisationen zu bilden. In Schlebusch ist die Weberei der führende Erwerbszweig. So gründet sich hier nach zwei Volksversammlungen, die eine mit dem Reichstagsabgeordneten Schumacher am 24.10.1885, die andere am 27.12. mit dem Referenten Carl Werth aus Krefeld, in der dieser über die Weberei spricht, eine Filiale

läufers beigetragen. Neben diesem Verein scheint es nur noch in Solingen eine organisierte Textilarbeiterschaft gegeben zu haben.



Elberfelder Textilwerke AG (ETAG) in Schlebusch

Anfang 1889 berichtet Sürder dem Landrat, daß der Manufakturarbeiterverein hier nicht mehr besteht, bzw. daß er nichts mehr von sich hören läßt. Diese Aussage ist so wohl nicht zutreffend, denn im April desselben Jahres gibt es in Schlebusch bei der Firma Schlieper&Engländer einen längeren Streik der Weber. Sie fordern Erhöhung des Lohnes und Arbeitszeitverkürzung. Ihre Forderungen werden von dem Arbeitgeber jedoch nicht erfüllt. Dies ist nach der bisherigen Quellenlage der erste im Raume Leverkusen nachgewiesene Arbeitsausstand. Ohne gewerkschaftliche Hilfe aus Krefeld (Manufakturarbeiter-Verein) wird dieser „Strike“, so die damalige Bezeichnung für einen Streik, wohl kaum durchgeführt worden sein.

Die Kontakte der Sozialdemokraten benachbarter Gemeinden untereinander scheinen den Bürgermeistern von Schlebusch, Bergisch-Gladbach und Dünwald/Bürgermeisterei Merheim zu eng und für den Staat gefährlich geworden zu sein. Sie beschließen nämlich Ende 1887 in Absprache mit den beiden zuständigen Landräten in Solingen und Mülheim/Rhein und unter Zustimmung der Regierung in Düsseldorf, kreisübergreifende Bürgermeistertreffen, um sich über die sozialdemokratische Bewegung in ihren Gemeinden aussprechen zu können. Vor allem tauscht man Listen über die sozialdemokratischen Agitatoren aus. In der Schlebuscher Liste vom 3.5.1888 finden sich acht Namen aus Schlebusch, wovon sieben - Wilhelm Herweg, Peter Hülstrunk, Peter gen. Heinrich Pohl, Andreas Roeser, Anton Weber, Heinrich Weber und Wilhelm Weiler - schon seit der Gründung der SPD in Schlebusch im Jahre 1868 mit dabei sind. Einige der in den Listen erfaßten Personen sind fahrende Händler, die nicht nur in einer sondern in allen Bürgermeistereien Handel betreiben und dort auch für die SPD agitieren.

Um Dienstfahrtkosten zu sparen, verlangt die Regierung in Düsseldorf, sollen diese Treffen jeweils an Grenzorten zwischen den Gemeinden stattfinden. Die Bürgermeister wehren sich dagegen. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Bürgermeister von Schlebusch und Bergisch-Gladbach (STA-LEV 40/33): „Eine wiederholte Kommunikation der Unterzeichneten, ev. mit den benachbarten Kollegen in einem Grenzorte kann der Sache nicht förderlich und nur schädlich sein. Es ist kein Haus daselbst, in welchem wir ungestört verhandeln können und im Freien würden wir ebenfalls stets beobachtet werden. Diesmal haben wir um nichts zu verraten, über den Ausbau eines Weges gesprochen, doch kann solches sich nicht wiederholen. Die Bewohner werden den Zweck der Zusammenkunft bald errathen, uns stets beobachten und unser [Vorhaben?] ganz vereiteln. Es wird daher gebeten zu gestatten, in Mülheim oder an anderen ... Orten uns zu versammeln.“ Dieser Bitte wird anfangs nicht entsprochen. Da diese Treffen zu keinen großen Erfolgen bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie führen, werden sie in immer größeren Abständen abgehalten und nach ca. achtzehn Monaten von der Regierung ganz eingestellt.

Die häufige Beobachtung, die vielen Verhöre und nicht zuletzt die Vorsprachen des Bürgermeisters Sürder bei den Arbeitgebern der aktiven Schlebuscher Sozialdemokraten scheinen Wirkung gezeigt zu haben. Schon im Jahre 1886 verlassen Franz Mitterhauser und Fritz Weister Schlebusch, um als Sensenschmiede in Köln-Kalk zu arbeiten. Dort sind sie vor der Verfolgung sicherer. Auch andere eifrige Sozialdemokraten wie Jacob und Walter Jahn, Ludwig Schmidt und Brüß kehren in den nächsten beiden Jahren Schlebusch den Rücken, so daß ein großer Teil des Kerns der SPD Ende der 80er Jahre nicht mehr in Schlebusch lebt.

In dieser Zeit stirbt zudem am 25.10.1887 der ehemalige erste Schlebuscher ADAV-Vorsitzende Peter Bilstein, der bis zum Tode engagierter Sozialdemokrat war. Bürgermeister Sürder befürchtet Störungen bei der Beerdigung und meldet dies vorsorglich dem Landrat mit dem Bemerkten, es werden Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Diese sind aber nicht nötig, denn die Beerdigung verläuft ruhig. Die Namen der Teilnehmer an dem Begräbnis werden vom Bürgermeister festgehalten. U.a. sind dabei die beiden Gründungsmitglieder des ADAV-Schlebusch Andreas Roeser und Wilhelm Weiler, der in unserer Gegend als sozialdemokratischer Agitator auftretende Gottfried Grün aus Paffrath, einige Genossen aus Dünwald und der Zigarrenhändler Carl Julius Meis[t] aus Köln, der in der Kölner Sozialdemokratie eine große Rolle

gespielt hat. Ein Fabrikarbeiter wirft eine Handvoll Erde auf den Sarg und soll dabei - so Sürder - ungefähr gesagt haben: „Hier mögest du ruhen, in deine Fußstapfen werden noch tausende treten.“ Weiler trägt einen Kranz hinter dem Sarge, doch sind - so Sürder weiter - „weder hierzu noch sonst rothe Schleifen zu bemerken“.

Die Agitation für die Reichstagswahl im Februar 1890 verläuft in allen Orten ruhig, obwohl beabsichtigt ist, die Dauer der Reichstagsession von drei auf fünf Jahren zu erhöhen, was bedeutet, daß erst in fünf Jahren wieder Wahlen möglich wären. Der SPD-Kandidat Georg Schumacher tritt in diesem Wahlkampf nur in Bergisch-Neukirchen im Januar auf, wo er, so der Bericht des Bürgermeisters, „gemäßigt“ spricht. Doch auch ohne große Wahlaktivitäten scheint die Zeit für die Sozialdemokratie gut zu sein. Zum ersten Mal gewinnt ein Sozialdemokrat bei dieser Wahl triumphal unseren Wahlkreis im ersten Wahlgang. Triumphal ist dieses Ergebnis deshalb, weil er trotz dreier Gegenkandidaten zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann.

Reichstagswahlen vom 20.2.1890				
	National-Liberale v. Ennern	Fortschritt v. Forckenbeck	Zentrum Reichen-sperger	Sozialdemokratie Schumacher
Hitdorf	12	1	200	13
Küppersteg/Wiesdorf	12	4	292	90
B.-Neukirchen	26	61	3	149
Opladen	14	22	326	45
Schlebusch	11	11	669	336
„Leverkusen“	75	99	1.490	633
Burscheid	76	53	25	690
Monheim	5	0	500	18
Richrath	46	40	687	173
Leichlingen	52	61	158	434
Witzhelden	32	12	0	196
Solingen	282	389	830	7.752
Wahlkreis	568	654	3.690	9.896

Das klare Übergewicht für die SPD im Oberen Kreis, damit sind die Gemeinden des heutigen Solingen gemeint, hat demnach zu diesem Wahlerfolg geführt, während die ländlichen, katholischen Gemeinden des Unteren Kreises überwiegend den Zentrumskandidaten gewählt haben. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß die Neukirchener, Schlebuscher und neuerdings auch ein wenig die Küppersteger und Wiesdorfer Wähler kräftig zu diesem Erfolg mit beigetragen haben.

Mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes zum 30. September 1890, das vom Reichstag im Februar mit 169 gegen 98 Stimmen nicht mehr verlängert wird, endet zugleich die „große aktive sozialdemokratische Zeit“ in Schlebusch und ihre sozialdemokratische Vorreiterrolle, die sie für die Orte des heutigen Stadtgebietes gespielt hat. Schon in den beiden Jahren zuvor ist es hier politisch still geworden, so daß Sünder dem Landrat berichten kann, es seien keine sozialdemokratischen Bestrebungen bemerkbar gewesen. Diese Bemerkung schreiben die Bürgermeister aus Bergisch-Neukirchen, Bürrig, Hitdorf, Opladen sowie der Bürgermeister aus Monheim, der für Rheindorf zuständig ist, schon seit vielen Jahren an den Landrat. In den nächsten Jahren verlagert sich der sozialdemokratische Schwerpunkt nach Küppersteg und Wiesdorf, da dort die Industrie sich größer und schneller entwickelt. Vor allem ist dies auf die Farbenfabrik Bayer & Co., die sich in Wiesdorf seit den Jahren 1891/1892 in der Nähe des Rheins niederläßt, zurückzuführen.

Reinhold Braun

SPD-Splitter 2

Zimmermannsjacken (1911)

In der Kaiserzeit reagierten Arbeitgeber und Staat empfindlich auf gewerkschaftliche Forderungen. So wurde die Forderung nach der Abschaffung des 10-Stunden-Arbeitstages und für den 8-Stunden-Arbeitstag (an sechs Tagen jeweils 8 Stunden Arbeit) von den wandernden Zimmerleuten dadurch öffentlich propagiert, daß sich auf ihren Zimmermannsjacken acht große Pergamentknöpfe befanden, die den 8-Stunden-Arbeitstag symbolisieren sollten. (KStA 1.5.1958)

SPD-Splitter 3

Emil Kuckelsberg und die morsche Türklinke (ca. 1911)

Rheindorf war damals politisch „rabenschwarz“. Emil sollte für die Parteizeitung „Morgenrot“ neue Abonnenten gewinnen. Dies stellte sich als ein schwieriges Unterfangen heraus, denn - so seine Schilderung - „überall wurde mir die Tür vor der Nase zugeschlagen“. Eine alte Frau versuchte sogar ihn mit dem Stocheisen zu verjagen. Aus Furcht packte er die Türklinke, um sie schnell zuzuziehen. Doch oh Schreck, plötzlich hatte er die Klinke in seiner Hand, sie war aus der morschen Tür herausgebrochen. Er versprach der Frau, am nächsten Tag eine neue Klinke mitzubringen und er löste sein Versprechen auch ein. Dadurch hatte er die Sympathie der Frau gewonnen, sie half ihm, so daß er innerhalb weniger Tage 20 neue Abonnenten für die Zeitung „Morgenrot“ gewonnen hatte. (NRZ 1.5.1963)